

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Luise Amtsberg, Omid Nouripour, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/12099 –**

Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt fest, dass die Bundesregierung trotz der sich immer weiter gravierend verschlechternden Sicherheitslage in Afghanistan, die sich an brutalen Anschlägen und tausenden Binnenvertriebenen zeige, an Sammelabschiebungen festhalte und die Anerkennungsquote für Asylanträge aus Afghanistan auf unter 50 Prozent gesunken sei. Diese Auslieferung Geflüchteter in Kriegsgebiete sei nicht hinnehmbar.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung daher auf, die Beurteilung der Sicherheitslage Afghanistans an die tatsächlich verheerenden Sicherheitsverhältnisse anzupassen, die Gemeinsame Erklärung zwischen Deutschland und Afghanistan zur Zusammenarbeit im Migrationsbereich vom 2. Oktober 2016 auszusetzen und Geflüchteten aus Afghanistan grundsätzlich Schutz in Deutschland zu gewähren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme der Vorlage.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/12099 abzulehnen.

Berlin, den 17. Mai 2017

Der Innenausschuss

Ansgar Heveling
Vorsitzender

Nina Warken
Berichterstatterin

Dr. Lars Castellucci
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Luise Amtsberg
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Nina Warken, Dr. Lars Castellucci, Ulla Jelpke und Luise Amtsberg

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/12099** wurde in der 231. Sitzung am 27. April 2017 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 95. Sitzung am 17. Mai 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 86. Sitzung am 17. Mai 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 86. Sitzung am 17. Mai 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von zwei Mitgliedern der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat in seiner 117. Sitzung am 17. Mai 2017 den Antrag auf Drucksache 18/12099 abschließend beraten und empfiehlt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von zwei Mitgliedern der Fraktion der SPD abzulehnen.

Berlin, den 17. Mai 2017

Nina Warken
Berichterstatteerin

Dr. Lars Castellucci
Berichterstatte

Ulla Jelpke
Berichterstatteerin

Luise Amtsberg
Berichterstatteerin

